14.05.2013

Drucksache 083/13

Kreis Unna inklusiv – auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2013 - 2015; Antrag der CDU-Fraktion zur DS 132/12: Einrichtung eines Behindertenbeirates

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Kreisausschuss	17.06.2013	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	18.06.2013	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit	Planung und Mobilität
Berichterstattung	Sabine Leiß

Budget	01	Zentrale Verwaltung
Produktgruppe	01.11	Planung und Mobilität
Produkt	01.11.03	Sozialplanung und Demografie

Haushaltsjahr	Ertrag/Einzahlung [€]
	Aufwand/Auszahlung [€]

Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt, die unmittelbare Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in den Umsetzungsprozess des Handlungsprogrammes durch den (bestehenden) Fachbeirat Inklusion (Zusammensetzung siehe Sachbericht) sicher zu stellen.

Sachbericht

In der Sitzung am 11.12.2012 hat sich der Kreistag unter Punkt 9 der Tagesordnung mit dem Thema „Kreis Unna inklusiv – auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung; Handlungsprogramm 2013 – 2015“ (DS 132/12) befasst und u.a. den Antrag 2 der CDU »Unmittelbare Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in den Umsetzungsprozess des Handlungsprogrammes durch Einrichtung eines Behindertenbeirates« erörtert. Es bestand grundsätzlich Einvernehmen über die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in den Prozess. Fragen der Besetzung, Organisation und Finanzierung waren aber noch zu klären und sollten im Fachausschuss beraten und im Kreistag entschieden werden.

Inklusion ist ein querschnittorientiertes Thema. Daher wird diese Vorlage für den Kreisausschuss erstellt.

Die unmittelbare Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in den Umsetzungsprozess des Handlungsprogramms ist durch den Fachbeirat Inklusion, einer Arbeitsgruppe der psychosozialen Gremien, gesichert. Die Umsetzung des Handlungsprogramms »Kreis Unna inklusiv – auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung 2013-2015« erfolgt durch die kontinuierliche Beteiligung des Fachbeirates Inklusion. Entsprechend den in dem Entwicklungsplan Psychosoziale Versorgung Teil I, 1994, Psychiatriebericht, formulierten Grundaussagen sind die Arbeitsgruppen der psychosozialen Gremienarbeit freie, von den Mitgliedern selbst gestaltete Foren für alle an der psychosozialen Versorgung Interessierten und Beteiligten sowie für Betroffene und Angehörige. In diesen Fachgruppen werden Informationen ausgetauscht, Fachdiskussionen geführt, Forderungen gestellt, es wird Einflussnahme auf Planungsprozesse ermöglicht und es werden politische Entscheidungshilfen gegeben.

Im Rahmen der psychosozialen Gremienarbeit hat sich der **Fachbeirat Inklusion**, ein Zusammenschluss der Interessen- und Betroffenenvertretung von Menschen mit Behinderung, im Kreis Unna etabliert (siehe auch Abbildung auf Seite 62 des Handlungsprogramms; Namensgebung „Fachbeirat Inklusion“ erfolgte im Frühjahr 2013).

Er setzt sich zusammen aus:

- den Vorsitzenden der örtlichen Behindertenbeiräten
- den Sprechern der Selbsthilfe
- dem Sprecher der Suchtselbsthilfe
- der Vorsitzenden der Kreissenorenkonferenz
- den Vertretern der örtlichen Stadt- oder Gemeindeverwaltungen, die mit Behindertenangelegenheiten bzw. dem Inklusionsprozess befasst sind und
- dem Inklusionsbeauftragten des Kreissportbundes.

Der Fachbeirat Inklusion berät jährlich in rd. vier Sitzungen unterschiedlichste behinderungsrelevante Themenstellungen mit Blick auf die Implementierung von Umsetzungsmöglichkeiten der UN-Behindertenrechtskonvention. Die Empfehlungen zur Realisierung des Handlungsprogramms Inklusion der Verwaltung Kreis Unna werden in dieser Fachgruppe einvernehmlich abgestimmt. Der Fachbeirat Inklusion hat sich auch in der Erarbeitung des Handlungsprogramms eingebracht.

Herr Walter Görlitz, Vorsitzender des Blinden- und Sehbehindertenverband Kreis Unna und Herr Richard Dißel, Vorsitzender des Behindertenbeirates Lünen, wurden als Vertreter aus dem Fachbeirat Inklusion in die Steuerungsgruppe der Verwaltung Kreis Unna delegiert (siehe auch Anlage; die unterlegten Felder stellen die Bereiche dar, in denen Menschen mit Behinderung ausdrücklich einbezogen werden.)

Dem entsprechend wird vorgeschlagen, dass die unmittelbare Einbeziehung von Menschen mit

Behinderungen in den Umsetzungsprozess des Handlungsprogrammes durch den bestehenden Fachbeirat Inklusion erfolgt. Hierdurch entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Anlagen

1. Inklusion – grafische Darstellung der Beteiligungen
2. Antrag der CDU-Fraktion vom 10.12 2012